

Horst Kahrs
 Institut für Gesellschaftsanalyse
 Rosa-Luxemburg-Stiftung
kahrs@rosalux.de
 17./18. Januar 2013

Die Wahl zum 17. Niedersächsischen Landtag am 20. Januar 2013

- Ein Vorbericht zur Wahlrechtsanalyse -

Inhalt

Das Landesergebnis im Überblick.....	1
Vor dem Wahltag.....	2
Vorherige Wahlergebnisse in Niedersachsen.....	3
Wahlergebnisse für DIE LINKE in Niedersachsen.....	6
Anmerkungen zur Lage im Land vor den Wahlen.....	6
Zu Bevölkerung und Arbeitsmarkt in Niedersachsen	6
Zu Armut und Reichtum in Niedersachsen.....	7
Zur allgemeinen Stimmungslage bezüglich Wirtschaft und Politik im Lande.....	8
Zur Stimmungslage in Niedersachsen.....	10
Die Gewichtung der (kleinen) Parteien in den Vorwahlumfragen	11

Anhang

Das Landesergebnis im Überblick

	Landtagswahl 27.01.2008			Landtagswahl 20.01.2012			Veränderung
	Stimmen	in v.H.	Sitze	Stimmen	in v.H.	Sitze	
Wahlberechtigte	6.087.297	100%					
Nichtwähler	2.611.185	42,9%					
Wähler	3.476.112	57,1%					
Gültige Stimmen	3.425.426	100%	152				
CDU	1.456.742	42,5%	68				
SPD	1.036.727	30,3%	48				
Grüne	274.221	8,0%	12				
FDP	279.826	8,2%	13				
LINKE	243.361	7,1%	11				
Piratenpartei							
NPD	52.986	1,5%					
Sonstige	81.563	2,4%					

Vor dem Wahltag

Die Landtagswahlen in Niedersachsen erfuhren im Vorfeld große bundespolitische Aufmerksamkeit. Denn es handelt sich um die erste Landtagswahl seit den Wahlen im Frühjahr 2012. So ist die Frage, ob sich vermeintliche Trends aus diesen Wahlen fortsetzen würden:

- Regierungsverluste für die CDU und Machtgewinne für die SPD?
- Erneuerung der rotgrünen Ablösungsoption gegenüber schwarzgelben Regierungen?
- Fortsetzung des „Siegeszugs“ der Piratenpartei mit dem „Entern“ eines weiteren Landesparlaments?
- Wiederholtes Scheitern der Linken bei der Verstetigung ihrer parlamentarischen Existenz in den westdeutschen Ländern?
- Fortsetzung des wechselvollen Existenzkampfes der FDP als Mehrheitsbeschafferin für die Union?

Zugleich handelt es sich um die letzte Wahl vor Beginn des eigentlichen Bundestagswahlkampfes 2013. Sie gilt als ein Test auf die politische Stimmung im Lande, ausgetragen im zweitgrößten Flächenstaat. Es ist auch ein Test auf die Anziehungskraft des Kanzlerkandidaten der SPD. Der Ausgang der Wahl teilt den Parteien eine Ausgangsposition für die Bundestagswahlen zu, insbesondere in der politisch-medialen Wahrnehmung, Ausdeutung und Kommentierung ihrer Chancen. Nicht zuletzt findet die Wahl zeitlich soweit vor den Bundestagswahlen statt, dass deren Ergebnisse noch Änderungen in den strategischen Weichenstellungen der Parteien ermöglichen könnten, zumindest für entsprechenden Druck aus dem massenmedialen Betrieb dürfte es reichen. Ein schlechtes Ergebnis für die SPD wird die Partei mit der Frage konfrontieren, ob sie nicht doch noch rasch ihren Kanzlerkandidaten auswechseln sollte. Für die FDP wird auch abschließend über die Zukunft des Parteivorstandes abgestimmt. Ein Scheitern der FDP trotz Leihstimmenkampagne würde Spekulationen über eine grüne Option der Union befördern. Auch über den medial wahrgenommenen und vermittelten Realitätsgehalt der sozialdemokratischen Strategie, auf eine rotgrüne Mehrheit gegen Schwarz-Gelb bei der Bundestagswahl zu setzen, würde nach einer Niederlage in Niedersachsen völlig anders geredet. „Bequem“ scheinen es die Grünen zu haben. Schließlich geht es auch für die Piratenpartei um das Vorzeichen, unter dem sie in den Bundestagswahlkampf zieht. Ein Scheitern würde vermutlich die jüngsten politischen Selbstermächtigungs-Tendenzen beim Führungspersonal verstärken. Für die Linkspartei steht ihre Zukunft als landespolitische Kraft im Westen auf dem Spiel. Nachdem sie in den Umfragen über Monate hinweg unter der Sperrklausel lag, steht die Frage, ob sie in den letzten zwei Wochen vor der Wahl vom „Steinbrück-Effekt“ in der sozialdemokratischen Wählerschaft dank der prominenten Rolle von Sahra Wagenknecht in ausreichendem Maße profitieren kann. Allerdings dürfte lediglich ein Einzug ins Parlament auch außerhalb der Partei für Rückenwind hinsichtlich der Bundestagswahl sorgen.

Angesichts der Trends in den Umfragewerten richtete sich das Interesse lange Zeit auf die Frage, ob erstmals wieder ein Dreiparteien-Parlament gewählt werden würde, in dem nur noch CDU, SPD und Grüne vertreten sind. Schließlich wurde für diesen Fall ein Wechsel zu einer rotgrünen Regierung erwartet, wodurch wiederum eine sozialdemokratisch geführte „Gestaltungsmehrheit“ im Bundesrat zustande kommen könnte. Mittlerweile ist der ehemalige Vorsprung für Rot-Grün geschmolzen, zuletzt sagten die Umfragen ein „Kopf-an-Kopf“-Rennen voraus, in dem Schwarz-Gelb über die größeren Reserven zu verfügen scheint. Am Ende hätte „der Niedersachse“ dann auf „Sicherheit“ in unsicheren Zeiten gesetzt: Bei McAllister und der Union weiß man, woran man ist, trotz FDP. Bei Weil bleibt ungewiss, wohin es die Partei mit Steinbrück's Kavallerie noch treibt.

Vorherige Wahlergebnisse in Niedersachsen

Niedersachsen gilt als Beispiel für demokratische Regierungswechsel nach mehreren Wahlperioden. Die SPD eroberte in den 1960er Jahren die Macht von der Union, verlor sie Ende der 1970er an Ernst Albrecht. Ihm folgte der Sozialdemokrat Gerhard Schröder. Christian Wulff gewann nach zwei Niederlagen gegen Schröder die Regierungsmacht 2003 mit einem deutlichen Sieg über Sigmar Gabriel und konnte 2008 gegen eine demoralisierte und demobilisierte SPD-Anhängerschaft einen ungefährdeten Wahlsieg. 2013 muss sich sein Nachfolger David McAllister erstmals einer Wahl stellen. Bereits der hohe Stimmenanteil der CDU bei der Landtagswahl 2003 verdankte sich in Teilen einem Rückgang

Tabelle: **Wahlergebnisse in Niedersachsen seit der Bundestagswahl 2002**

Anteile an den gültigen Stimmen

	BTW02	LTW03	EP2004	BTW05	LTW08	EPW09	BTW09
CDU	34,5%	48,3%	45,5%	33,6%	42,5%	39,2%	33,2%
SPD	47,8%	33,4%	27,8%	43,2%	30,3%	27,3%	29,3%
Grüne	7,3%	7,6%	12,1%	7,4%	8,0%	12,5%	10,7%
FDP	7,1%	8,1%	6,3%	8,9%	8,2%	10,2%	13,3%
PDS/LINKE	1,0%	0,5%	1,8%	4,3%	7,1%	4,0%	8,6%
Piratenpartei						0,8%	2,0%
CDU und SPD	82,4%	81,7%	73,3%	76,7%	72,8%	66,5%	62,5%
SPD, Grüne, LINKE	56,2%	41,6%	41,7%	54,9%	45,4%	43,7%	48,6%
CDU, FDP	41,6%	56,4%	51,8%	42,5%	50,7%	49,5%	46,5%

Anteile der jeweiligen gültigen Stimmen an den Wahlberechtigten

Nichtwähler	19,0%	33,0%	59,9%	20,6%	42,9%	59,5%	26,7%
CDU	27,7%	32,0%	18,0%	26,3%	23,9%	15,7%	24,1%
SPD	38,4%	22,1%	11,0%	33,8%	17,0%	10,9%	21,2%
Grüne	5,9%	5,1%	4,8%	5,8%	4,5%	5,0%	7,8%
FDP	5,7%	5,4%	2,5%	7,0%	4,6%	4,1%	9,6%
PDS/LINKE	0,8%	0,4%	0,7%	3,4%	4,0%	1,6%	6,2%
Piratenpartei						0,3%	1,4%
CDU und SPD	66,1%	54,0%	29,0%	60,1%	41,0%	26,7%	45,3%
SPD, Grüne, LINKE	45,1%	27,5%	16,5%	43,0%	25,5%	17,5%	35,2%
CDU und FDP	33,4%	37,3%	20,5%	33,3%	28,5%	19,9%	33,7%

Quelle: Statistisches Bundesamt

der Wahlbeteiligung, damals insbesondere unter Anhängern der SPD, die von Gabriel nicht erreicht werden konnten. Diese Demobilisierung setzte sich 2008 fort, dieses Mal vor allem aber zu Lasten des vermeintlich klaren Wahlsiegers Union/Wulff. Größer als die Verluste an Anteilen der gültigen Stimmen (-5,8%) waren die Verluste an Stimmen gemessen an allen Wahlberechtigten (-8,1%). Eine steigende Wahlbeteiligung, die bei einem als knapp prognostizierten Wahlausgang zu erwarten ist, könnte zunächst vor allem eine Mobilisierung von CDU-Anhängern bedeuten. 2008 verzeichneten die drei Oppositionsparteien SPD, Grüne und Linke kaum noch Verluste beim Rückhalt unter allen Wahlberechtigten. Sank die Wahlbeteiligung um fast 10%, so sank der gemeinsame Stimmenanteil nur um 2% auf 25,5%. Ein großer Teil der SPD-Verluste wurde vom Wahlerfolg der Linkspartei kompensiert. Deren hoher Stimmenanteil verdankte sich auch der gesunkenen Wahlbeteiligung.

Die Tabelle zeigt zudem eine demokratische Besonderheit in der Wählerschaft des Landes. Auch nach der Landtagswahl 1998, die unter der bundespolitischen Frage stand, ob „ein Niedersächse Kanzler(kandidat) wird“ und Helmut Kohl ablöst, brachten die Bundestagswahlen immer Mehrheiten gegen CDU und FDP, während die Landtagswahlen wie die Wahlen zum europäischen Parlament teilweise deutliche Mehrheiten für Union und Liberale brachten.

Es besteht hierbei ein deutlicher Zusammenhang mit der Höhe der Wahlbeteiligung. An Bundestagswahlen beteiligen sich Wählerschichten, die ansonsten bei Wahlen, die aus ihrer Sicht von untergeordneter Bedeutung sind, zu Hause bleiben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um Wähler_innen aus einkommensärmeren Bevölkerungsschichten in prekären Lebenslagen, die mehrheitlich eine Partei links von Union und FDP bevorzugen. Umgekehrt zeigt sich hier aber auch die besondere Problematik für Linke, ihre Anhänger für Wahlen von vermeintlich nachrangiger Bedeutung zu mobilisieren.

Die Wahlbeteiligung in Niedersachsen 2008 wies hinsichtlich der Altersgruppe der Wählenden die gleichen Merkmale auf wie bei anderen Wahlen auch: die Wahlbeteiligung bei den zahlenmäßig ohnehin schwächeren jüngeren Altersgruppen lag bei den 20-30jährigen unter 40%, hier bei einem Drittel, näherte sich bei den 30-40jährigen der 50%-Marke und stieg dann auf knapp 70% bei den 60-70jährigen. Die unterschiedliche Wahlbeteiligung führte zu einer deutlichen Altersverschiebung in der parlamentarischen Repräsentation der verschiedenen Altersgruppen. Die Unterrepräsentation der jüngeren Altersgruppen zählt bei den Landtagswahlen in Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu den Rahmenbedingungen des Erfolgs der Piratenpartei.

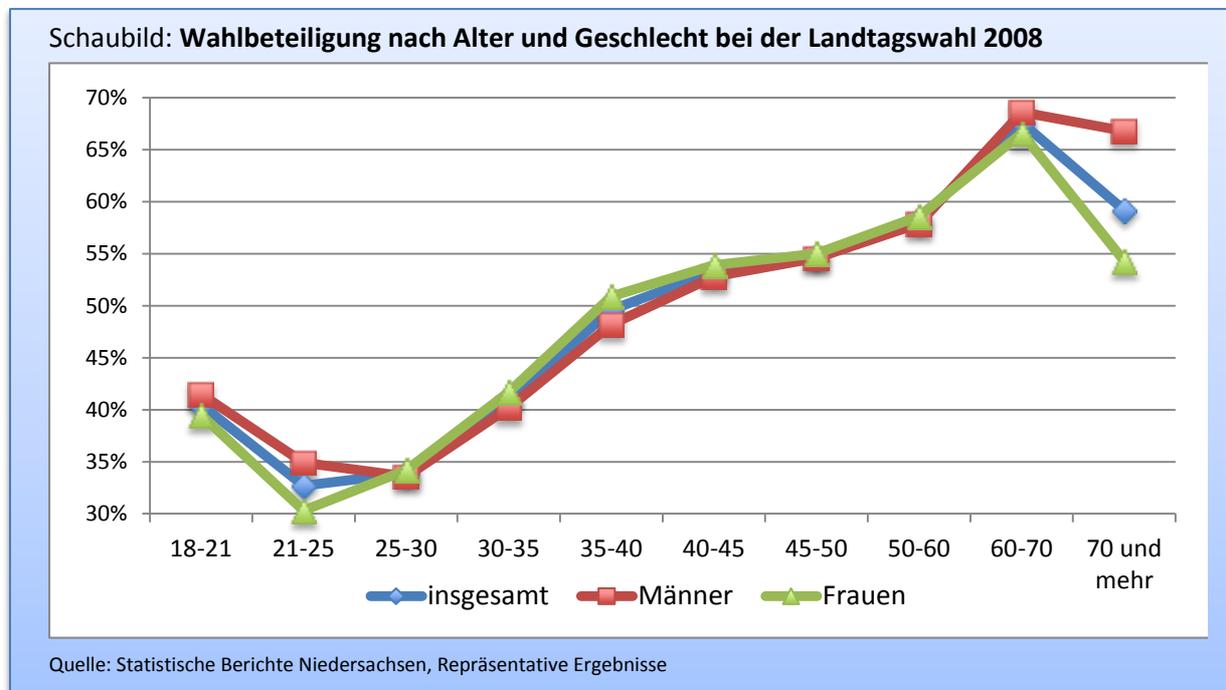
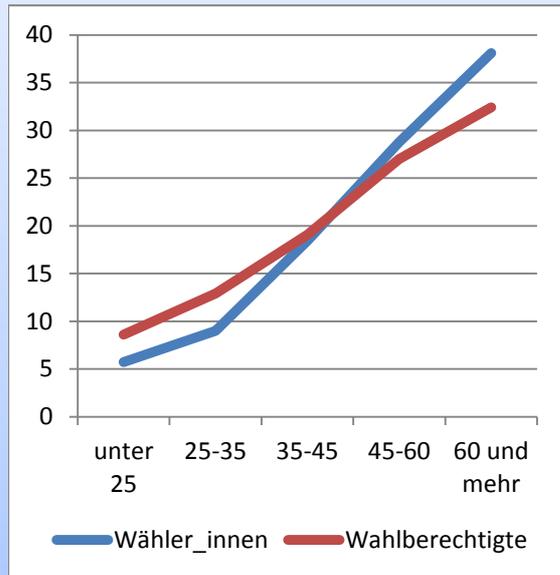


Schaubild: **Wahlberechtigte und Wählende nach Altersgruppen LTW 2008**

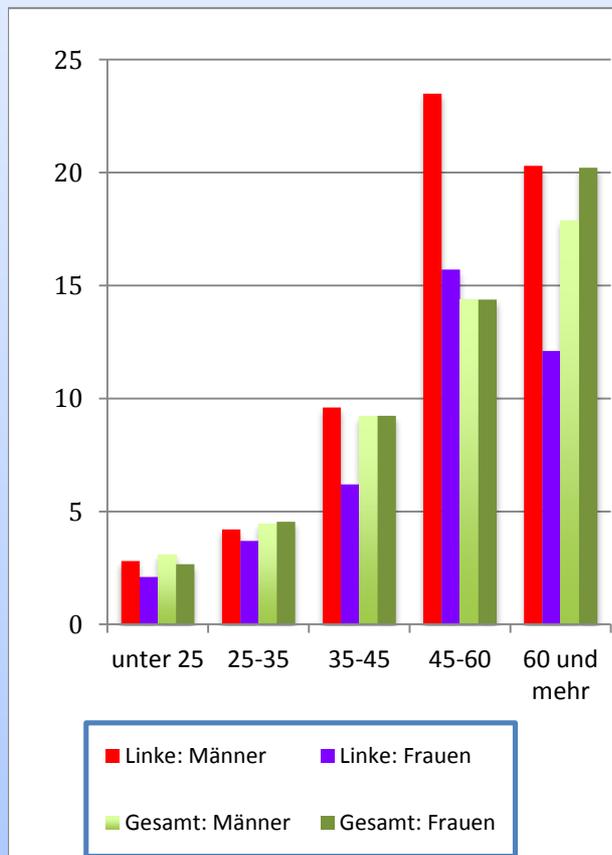


Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

In den Altersgruppen unterschied sich das Wahlverhalten 2008 stark von einander. Die CDU erzielte ihre besten Ergebnisse bei den über 60jährigen und in der Altersgruppe der 25-35jährigen. Die SPD erreichte in der Altersgruppe der 45-60jährigen die höchsten Stimmenanteile. In dieser Altersgruppe erreicht Die Linke über 10% der Stimmen, während sie in den anderen Altersgruppen kaum über 6% hinaus kam. Die Grünen wiederum waren stark bei den 18-25jährigen und unterdurchschnittlich schwach bei den über 60jährigen.

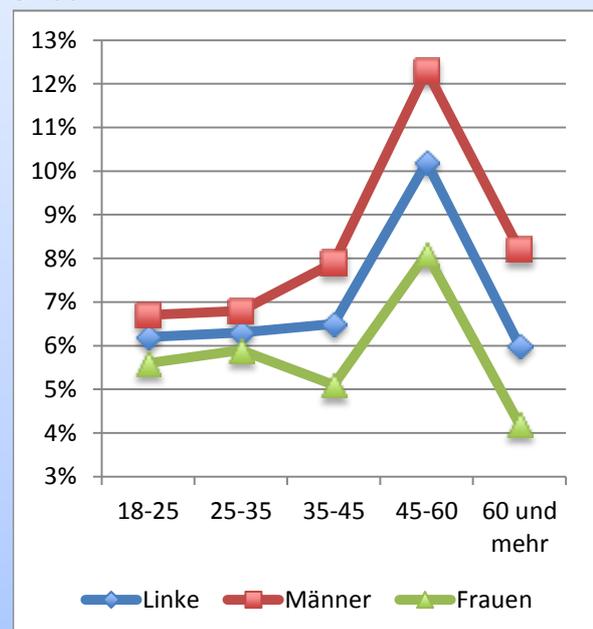
Entsprechend unterschiedlich sind die Zusammensetzung der Wähler_innen einer Partei und das Gewicht einzelner Altersgruppen für den Wahlerfolg. Für Die Linke waren die Altersgruppe der 45-60jährigen und die männlichen Wähler entscheidend. Von 100 Wähler_innen der Linkspartei waren 61 Männer und 39 Frauen, während von allen Wählenden 48 Männer und 52 Frauen waren.

Schaubild: **Zusammensetzung aller Wählenden und der Wähler_innen der Linkspartei nach Alter und Geschlecht 2008 (von 100 ... waren ...)**



Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

Schaubild: **Stimmenanteil DIE LINKE in den Altersgruppen nach Geschlecht 2008**



Quelle: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik, Statistische Berichte Niedersachsen

Wahlergebnisse für DIE LINKE in Niedersachsen

Wie in anderen westlichen Bundesländern konnte eine Partei, die sich demonstrativ links von der Sozialdemokratie positionierte, erstmals bei den Bundestagswahlen 2005 im Land an der Sperrklausel von 5% kratzen, um sie dann bei der Landtagswahl 2008 und der Bundestagswahl 2009 deutlich zu überspringen. Dieses Verlassen des linken Wähler-„Ghettos“ von DKP und PDS gelang mit Hilfe abtrünniger sozialdemokratischer Wählerschichten. Hierbei handelte sich um ein Phänomen der Bundespolitik, welches nicht durch landespolitische Präsenz oder bekanntes landespolitisches Personal vermittelt war. Die Linke wurde 2008 – wie auch 2009 bei der Bundestagswahl – vielerorts gewählt, ohne dass es vor Ort eine funktionstüchtige Parteistruktur oder eine nennenswerte Zahl von Mitgliedern gab.

Die Linke war auch in Niedersachsen ein bundespolitisches, medial vermitteltes und von einigen wenigen bekannten Persönlichkeiten abhängiges politisches Ereignis. Sie trug nahezu alle Merkmale einer „klassischen“ Wahlpartei. Dieser Partei einen Unterbau zu geben, ihr Wurzeln in den Regionen und Kommunen des Landes wachsen zu lassen, zählte zur tagespolitischen Aufgabe nach dem Wahlerfolg 2008. Die Kommunalwahlen 2011 erbrachten in dieser Hinsicht vielfach ernüchterndes Ergebnis. Landesweit blieb die Linke, obgleich erstmals nahezu flächendeckend unter eigenem Namen angetreten, sehr eindeutig und deutlich unter der 5%-Marke. Selbstverständlich folgen Kommunalwahlen einer eigenen Logik, sind stärker lokal und persönlichkeitsorientiert. Gleichwohl war das Ergebnis für eine im Landtag vertretene Partei mit Anspruch auf landespolitisches Gewicht und Verankerung im Alltag enttäuschend. Hinzu kamen Verluste auch in langjährigen Hochburgen linker Kommunalpolitik. (Eine tabellarische Übersicht zu den Wahlergebnissen in den Gebietskörperschaften liefert Tabelle A1 im Anhang.)

Das Ergebnis der Kommunalwahlen 2011 signalisierte, wie schwer es werden könnte, den Wiedereinzug in den Landtag 2013 zu erreichen. Es zeigte auch, dass für eine erfolgreiche Wahlstrategie die lokale Verankerung kein zentraler Bezugspunkt und Anker sein würde. Allein schon aufgrund der für ein Flächenland dünnen Mitgliederdichte blieb die Partei auf ihre mediale Wirkung und Vermittlung angewiesen. Anders als in den kleineren und über eine eher homogene Öffentlichkeit verfügenden Stadtstaaten (und kleinen Flächenländern) gab es keine autonomen Wege, eine in der Sache kompetente, ernsthafte und zuweilen tatsächlich erfolgreiche Landtagsarbeit zu vermitteln. Für einen Erfolg bei den Landtagswahlen glaubte sich die Landespartei daher in hohem Maße auf bundespolitische Ereignisse und ihre Rolle als landespolitische Funktionspartei im Verhältnis zu anderen Parteien verwiesen.

Anmerkungen zur Lage im Land vor den Wahlen

Zu Bevölkerung und Arbeitsmarkt in Niedersachsen¹

Niedersachsen zählt zu den großen Flächenländern und ist mit 7,9 Millionen Einwohnern das viertgrößte Bundesland. Knapp 10% der Wahlberechtigten bei der kommenden Bundestagswahl haben ihren Wohnsitz in Niedersachsen.

Mit 166 Einwohnern je Quadratkilometer verfügt das Land über eine unterdurchschnittliche Besiedlungsdichte (Deutschland: 229 Einwohner/qkm). Nur 1,65 Millionen Niedersachsen wohnen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Unter den 80 deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern belegt Hannover mit 522.000 Platz 13, es folgen auf Platz 28 Braunschweig (248.000), auf Platz 47 Osnabrück (164.000) und auf Platz 48 Oldenburg (162.000). Wolfsburg und Göttingen belegen mit je rund 121.000 Einwohnern die Plätze 61 und 62, auf Platz 78 und Platz 79 schaffen es mit jeweils 102.000 Einwohnern noch Hildesheim und Salzgitter. Die überwiegende Zahl der Wahlberechtigten lebt auf dem „flachen Land“ in kleineren Städten und ländlich geprägten Einwohnern.

¹ Alle Zahlenangaben in diesem Abschnitt sind dem Statistischen Jahrbuch 2012, der Schrift „Arbeitsmarkt im Wandel“ des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter (Wiesbaden 2012) sowie dem Aufsatz von Lothar Eichhorn, Armutsgefährdung in Niedersachsen im Jahr 2011; in: Statistische Monatshefte Niedersachsen 10/2012, S. 576-585, entnommen.

Die Region Hannover, die in den 1930er und frühen 1940er Jahren industrialisierte Region Braunschweig-Salzgitter-Wolfsburg sowie die sich ab den 1970er Jahren entwickelnden Einzugsgebiete um die Universitätsstädte Oldenburg und Osnabrück prägen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes: traditionelle Industrieregionen, die sich veränderten globalen Bedingungen anpassen, allen voran die Volkswagen AG, ländlich-agrarische Regionen, in denen sich eine hochindustrialisierte Landwirtschaft im Widerstreit zu starker bäuerlich-regionaler Landwirtschaft herausbildet, in regionaler Wirtschaft verankerte Wissenschaftsstandorte und auf den Ausbau der Windenergie setzende Küstenlandstriche. Die Region zwischen Elbe und Weser wiederum entwickelt sich in starker Abhängigkeit zu den Stadtstaaten Bremen und Hamburg.

Zu der differenzierten wirtschaftlichen Struktur kommen große soziokulturelle Unterschiede. Neben Regionen mit prägender industrieller Entwicklung und traditionell sozialdemokratisch-arbeiterlich geprägten Milieus zum Beispiel in Braunschweig, Salzgitter, Wolfsburg, Wilhelmshaven, Emden finden sich Regionen im Südwesten des Landes, die sich in starker Anbindung an die katholischen Traditionen des Münsterlandes geformt haben, beispielhaft hierfür stehen die südoldenburgischen, katholischen Gebiete Vechta und Cloppenburg im ehemaligen Großherzogtum Oldenburg.

Das Land Niedersachsen verzeichnete 2010 einen negativen Wanderungssaldo trotz insgesamt positiver wirtschaftlicher Entwicklung: der Anstieg der Erwerbstätigkeit seit 1991 erreicht mit 11,4 Prozent einen Spitzenwert, der Durchschnitt in den westdeutschen Ländern betrug 8,1%. Dabei stieg die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen mit 10,5% unterdurchschnittlich gegenüber 16,3% in allen westdeutschen Ländern. Der Anteil der marginal beschäftigten Arbeitnehmer lag mit zuletzt 15,4% unter dem Durchschnitt. Die Erwerbslosenquote liegt mit 6-7 Prozent im unteren Drittel der Quoten aller sechzehn Länder, seit 2008 sinkt die Arbeitslosigkeit trotz ungünstiger konjunktureller Lage.

Zu Armut und Reichtum in Niedersachsen

Die „Reichtumsquote“² in Niedersachsen stagnierte seit 2005 in Niedersachsen bei etwa 7,4%, zuletzt für 2011 mit 7,3% berechnet, während sie im Bundesgebiet 2011 mit 8,1% über dem Wert von 7,7% in 2005 lag. Die Flächenländer Hessen (8,8%), Nordrhein-Westfalen (8,5%), Rheinland-Pfalz (8,2%) und Bayern (8,0) weisen eine deutlich höhere Quote aus, natürlich auch die Stadtstaaten Hamburg (9,8%), Bremen und Berlin (jeweils 9,3%).

Das Einkommen des statistischen Durchschnitts-Niedersachsen ist unterdurchschnittlich. Die „Armutgefährdungsquote“³ erreicht 2011 leicht überdurchschnittliche 15,2% (Bundesdurchschnitt: 15,1%). Im Vergleich zu 2005 (15,1%) stieg sie allerdings weniger stark als im Bund (14,7%). Die Armutsquote in Hannover zählt mit 20,1% zu den Spitzenwerten unter den deutschen Großstädten und liegt deutlich über derjenigen in Berlin (15,5%), Duisburg (14,2%), Dresden (16,2%) oder Hamburg (18,0%). Die Armutgefährdungsquoten liegen im südöstlichen Niedersachsen (z.B. 17,1% im Harz und Umland) deutlich höher als im Nordwesten (z.B. 13,0%) im friesisch-ostfriesischen Küstengebiet.

Unter den Niedersachsen im Erwerbsalter gibt es überdurchschnittlich viele mit einem „niedrigen Bildungsstand“⁴ (14,3% gegenüber 13,7% bundesweit) und „frühe Schulabgänger“⁵ (14,1% gegenüber 11,6% bundesweit).

In Niedersachsen wurden 2011 gut 13.700 Verbraucherinsolvenzen angemeldet von 101.000 bundesweit, eine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl deutlich überdurchschnittliche Zahl.

² Reichtumsquote: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

³ Armutgefährdungsquote: Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

⁴ Niedriger Bildungsstand: höchster Schulabschluss im Sekundarbereich I.

⁵ Frühe Schulabgänger: Bevölkerung im Alter von 18-24 Jahren, die sich nicht in Bildung oder Ausbildung befindet und über keinen Abschluss des Sekundarbereichs II verfügt.

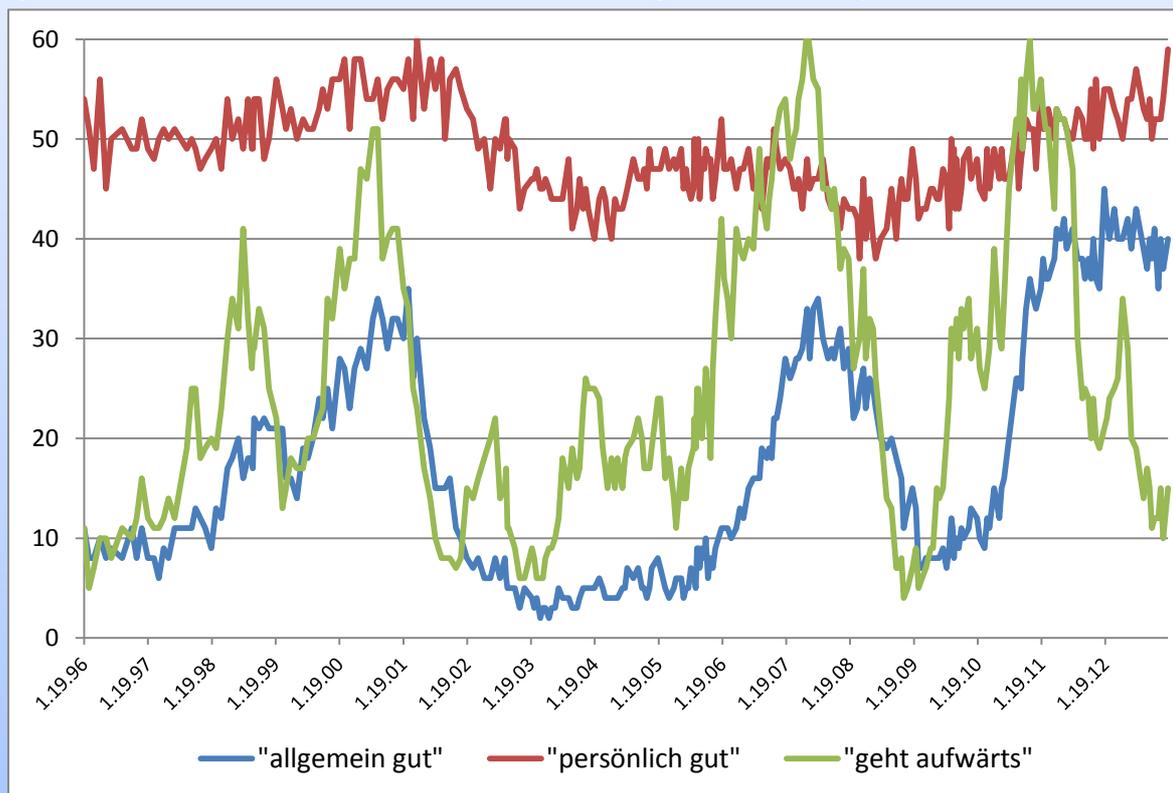
Die öffentlichen Haushalte des Landes zählen zu den ärmeren im Bundesgebiet. Niedersachsen erhält dauerhaft Mittel aus dem Länderfinanzausgleich, jedoch 2011 in der Summe fast nur noch ein Drittel des Jahres 2000. Die Schulden des Landes und der Gemeinden bezifferten sich 2010 auf 8.448 Euro je Einwohner gegenüber 10.660 Euro im Bundesdurchschnitt.

Zur allgemeinen Stimmungslage bezüglich Wirtschaft und Politik im Lande

Die allgemeinen Verhältnisse und die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen werden von den befragten Personen in den Umfragen von Infratest dimap leicht positiver beurteilt als vor der Landtagswahl 2008. 59% der Befragten geben an, mit „Zuversicht“ auf die Verhältnisse im Lande zu blicken, 29% mit „Beunruhigung“ (2008: 60% zu 33%). Die allgemeine wirtschaftliche Lage beurteilen 65% mit gut bzw. sehr gut (2008: 54%; 2033: 12%) und 33% mit schlecht/sehr schlecht (2008: 45%).

Diese Stimmungen decken sich mit den bundesweiten Einschätzungen zur wirtschaftlichen Lage, die regelmäßig von der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer erhoben werden: Seit die Krisenpolitik der deutschen und europäischen Regierungen ab Mitte 2010 die tagesaktuelle Agenda von Medien und Politik bestimmt, erreicht die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Deutschland fast historische zu nennende positive Werte; die ohnehin grundsätzlich bessere Beurteilung der persönlichen wirtschaftlichen Verhältnisse erreicht erstmals wieder die Werte aus den Jahren bis 2002. Die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, aber auch der persönlichen erfolgt unter Berücksichtigung und im Verhältnis zu den Berichten über die Situation in

Schaubild: Positive Beurteilung der allgemeinen, persönlichen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ZDF-Politbarometer von Anfang 1996 bis Anfang 2013



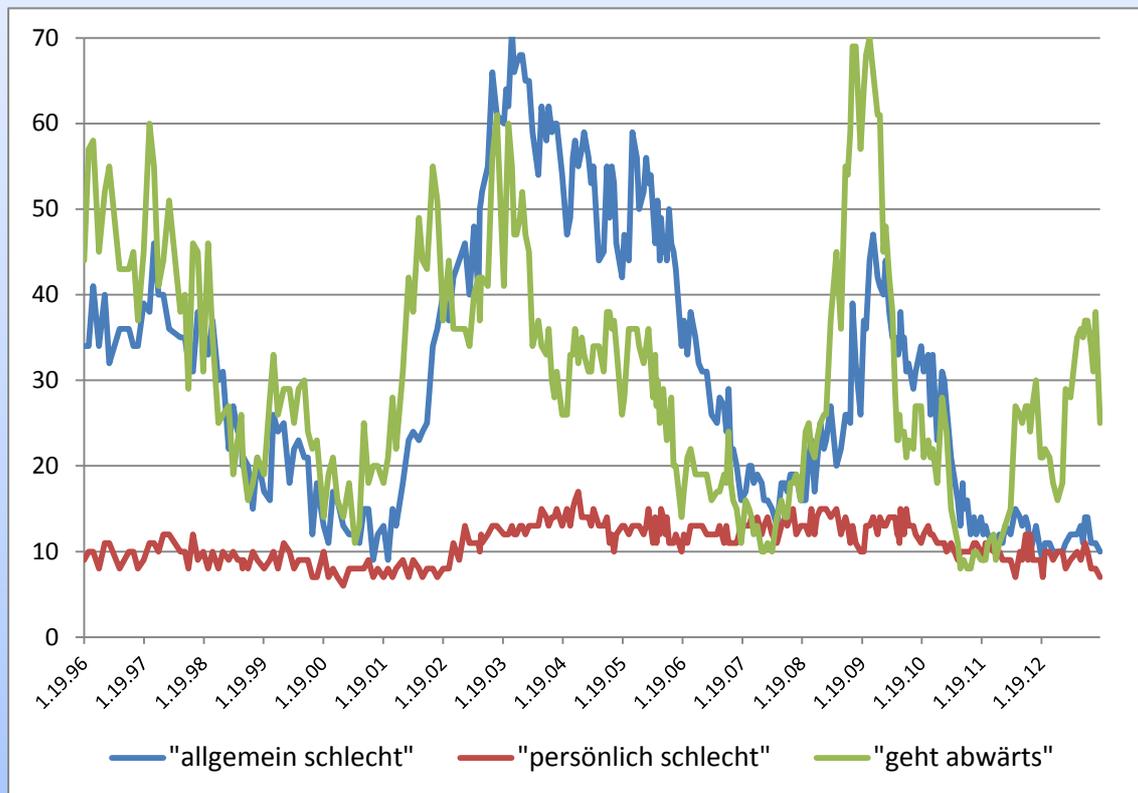
Quelle: Eigene Darstellung nach www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung

anderen europäischen Ländern, insbesondere den südeuropäischen Ländern. Gleichzeitig nähern sich die Zukunftserwartungen, dass es mit der Wirtschaft in Deutschland „aufwärts geht“, wieder einem Tiefstand.

Wenn zum Jahreswechsel 2012/2013 lediglich 10-15% der Befragten erwarten, dass es mit der Wirtschaft in Deutschland „aufwärts“ geht, so erwarten andererseits nur 25-38% (Januar/Dezember), dass es „abwärts“ geht, die Mehrheit kann sich kein entschiedenes Bild machen und votiert für

„teils/teils“. Allerdings zeigt der Anteil derjenigen, die eine negative wirtschaftliche Entwicklung erwarten, seit Mitte 2011, seit der Verschärfung der Krisen-Rhetorik, deutlich an, ohne dass sich dies bislang in einem entsprechend ausgeprägten negativen Trend bei der Bewertung der aktuellen Lage

Schaubild: Negative Beurteilung der allgemeinen, persönlichen und zukünftigen wirtschaftlichen Lage in Deutschland im ZDF-Politbarometer von Anfang 1996 bis Anfang 2013



Quelle: Eigene Darstellung nach www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung

bemerkbar macht.

Die Stimmung bezüglich der wirtschaftlichen Lage lässt sich zusammenfassen: *Aktuell geht es „uns“ und vor allem „mir“ gut, die Zukunft verheißt aber eher Unsicherheit und Verschlechterung.* Diese Stimmungslage korrespondiert mit einer relativ hohen Zufriedenheit mit den Regierenden im Bund und auch im Land Niedersachsen. Seit Herbst 2011 stellen mehr als die Hälfte der Befragten im „Politbarometer“ der Regierung ein gutes Zeugnis aus, und zwar seit dem Sommer 2012 nochmals mit steigender Tendenz. Anfang Januar meinten 63%, dass „die Bundesregierung ihre Arbeit eher gut macht“ und nur 30%, dass sie eher „schlecht“ arbeite.

Die monatliche Frage nach den wichtigsten Problemen der Forschungsgruppe Wahlen für das Politbarometer zeigt im Langzeitvergleich eine beachtenswerte Verschiebung der Problemgewichtung in Gestalt einer Externalisierung. Seit der Verschärfung der europäischen Finanzkrise und der erhöhten Schlagzahl der Krisentreffen und Rettungspakte dominiert die Euro- und Schuldenkrise die Problempassung in der Bevölkerung, und zwar als ein Ereignis, welches bislang außerhalb der Grenzen Deutschlands stattfindet. Interne Probleme treten vor diesem Hintergrund in ihrer Bedeutung zurück. Beherrschte jahrelang die Sorge um den Arbeitsplatz bzw. die Arbeitsplätze die Problemliste, so firmiert sie jetzt kaum noch erkennbar über einer Reihe von anderen Problemen, die insgesamt eine segmentierte Problemvielfalt abbilden⁶. „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitsplätze“ als Problem Nummer eins über mehr als ein Jahrzehnt hinweg deutet auf eine tief sitzende gesellschaftlich vermittelte Unsicherheit („sozialen Stress“), der immerhin noch im eigenen persönlichen oder politischen Hand-

⁶ www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Langzeitentwicklung

lungsrahmen ausgetragen werden kann. Er bildete den Hintergrund für Lohnzurückhaltung und Betriebskorporatismus. Mit der Ablösung dieses Hauptproblems durch die „Euro- und Schuldenkrise“ verschiebt sich die Unsicherheits-Wahrnehmung auf ein Feld, dem durch eigenes Handeln, Verzicht und Zugeständnisse kaum beizukommen scheint und wo alles vom Handeln der Regierung abhängt. Es ist daher nicht zufällig, dass die Verschiebung in der Problemwahrnehmung, Methode der Merkelschen Krisenpolitik und die Zustimmungswerte für die Kanzlerin Hand in Hand gehen.

Zur Stimmungslage in Niedersachsen

Zum Jahreswechsel 2012/13 äußerten im „NiedersachsenTrend“ von Infratest dimap für den NDR 58% der Befragten, dass sie mit der Arbeit der Landesregierung „zufrieden“ bzw. „sehr zufrieden“ seien. Dieser Zufriedenheitswert liegt deutlich über demjenigen vor der Landtagswahl 2008, als die Unzufriedenen mit 52% zu 46% die Mehrheit stellten.

Zehn Tage vor der Wahl erwarten im ZDF-Politbarometer 51% der Befragten einen Wahlsieg für die CDU bzw. den Ministerpräsidenten McAllister, nur 19% erwarten die SPD und ihren Spitzenkandidaten Weil als Sieger. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätten sich zum gleichen Zeitpunkt

im Niedersachsen-Trend 51% für McAllister und 33% für Weil entschieden, wobei sich immerhin auch ein Viertel der SPD-Anhänger für den amtierenden CDU-Ministerpräsidenten entschieden hätte.

„Abwechslung statt Wechselstimmung“ scheint der angemessene Ausdruck für die widersprüchlichen Signale, die die Umfragen bezüglich eines politischen Wechsels in Niedersachsen vermitteln. Denn einerseits will eine stabile Mehrheit den amtierenden Ministerpräsidenten behalten, wenn sich auch der Vorsprung, wie das Politbarometer vermutet, „aufgrund des gestiegenen Bekanntheitsgrades des SPD-Spitzenkandidaten von 21 Prozentpunkten im Dezember auf jetzt 15 Prozentpunkte verringert“ habe (Politbarometer-Extra Niedersachsen, 10.01.2013). McAllister ist 95% der befragten Niedersachsen bekannt, fast zwei Drittel sind mit ihm zufrieden (Niedersachsen-Trend 10.01.2013).

Entgegen den guten Werten für McAllister äußern nur 42%, dass die kommende Landesregierung von der CDU geführt werden solle, eine knappe Mehrheit von 43% bevorzugt eine von der SPD geführte Regierung. Allerdings ist dieser Vorsprung in den letzten Wochen vor der Wahl geschrumpft, wobei sich im Politbarometer eine Mehrheit für eine CDU-geführte Regierung aus CDU und SPD abzeichnet.

Die Präferenz für eine rotgrüne Landesregierung schmolz mit Beginn der „heißen Wahlkampfphase“. Gleichzeitig blieb die Präferenz für die Fortsetzung der schwarzgelben Landesregierung niedrig. Offensichtlich besteht keine Wechselstimmung bezüglich des Ministerpräsidenten und der CDU als Regierungspartei, wohl aber bezüglich des Partners. Zuletzt sagten nur 36%, dass Schwarz-Gelb

Tabelle: **Direktwahl des Ministerpräsidenten - Parteianhänger -**

McAllister		Weil
51%	Gesamt	33%
90%	CDU	4%
89%	FDP	4%
25%	SPD	65%
20%	Grüne	69%

Quelle: Infratest dimap, Niedersachsen-Trend, 10.01.2013

Tabelle: **Koalitionspräferenzen vor der Wahl**

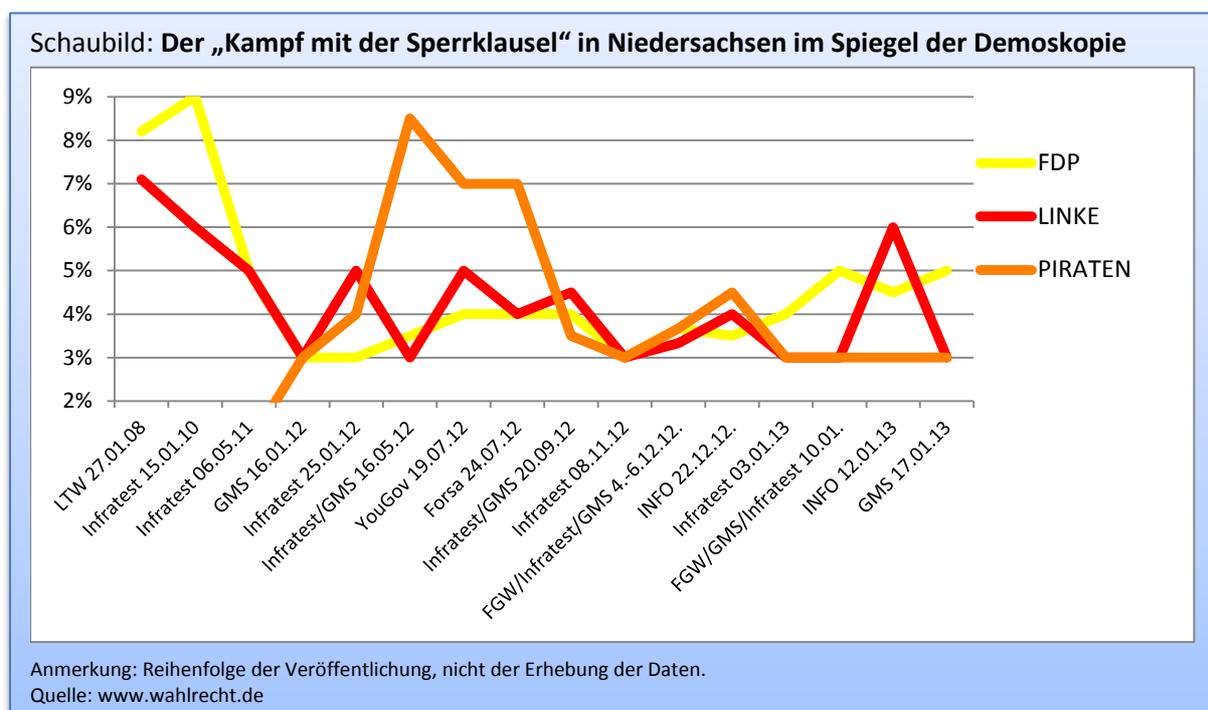
„Eine Koalition aus wäre gut für Niedersachsen				
Infratest	SPD/Grüne	CDU/SPD	CDU/FDP	CDU/Grüne
06.12.12 sehr gut/gut	56%	50%	28%	33%
03.01.13 sehr gut/gut weniger gut/schlecht	52% 44%	44% 52%	32% 65%	23% 73%
10.01.13 sehr gut/gut	51%	45%	32%	23%
FGW, 10.01.13 gut schlecht	47% 35%	47% 33%	30% 47%	26% 50%

Quelle: Infratest dimap, Forschungsgruppe Wahlen

weiterregieren solle und 52% sprachen sich für einen Regierungswechsel aus (Infratest dimap). Es ist die FDP, die die Werte für eine schwarzgelbe Präferenz drückt. Niedersachsen spiegelt damit durchaus die Bewertung der Bundesregierung wieder. Kanzlerin Merkel, die Bundesregierung insgesamt und die CDU erhalten positive Bewertungen, die Arbeit der FDP wird deutlich negativ bewertet.

Die Gewichtung der (kleinen) Parteien in den Vorwahlumfragen

Die Arbeit der professionellen Volksbetrachter ist keine exakte Wissenschaft. Dennoch ist der Einfluss der wichtigen Umfrageinstitute auf Parteien, ihre politische Initiativen und Programme enorm, und auch in der Öffentlichkeit werden Zahlen „oft so wahrgenommen, als könnten die Umfrager tatsächlich die Stimmungen im Volke bis auf Stellen nach dem Komma genau erfassen“. Daher ist nicht auszuschließen, dass Umfragezahlen über Gewinner und Verlierer Rückwirkungen auf das Wahlverhalten haben: Scheint der Wahlausgang klar, so kann man auch schon mal zu Hause bleiben, ist es unklar, ob die eigene Partei gewinnt oder in das Parlament einzieht, so kann das als Motivation für eine Wahlbeteiligung wirken. Auch kann gerade für taktierende Wähler_innen der prognostizierte Wahlausgang bzw. die Stimmungslage entscheidend für die Wahlentscheidung sein. Dabei liefern die Umfrageinstitute, was sie selbst meist im Kleingedruckten mitteilen, nur Spannbreiten: bei den methodisch bedingten Schwankungsbreiten lassen sich lediglich Aussagen treffen, die niemand haben



will: die Partei X steht zwischen 35 und 39 Prozent.⁷ Exakte Zahlen enthalten immer ein hohes Maß an Willkür, gemeinhin nennt man dies bei den Volksbetrachtern „gesammeltes Erfahrungswissen“.

Lange Zeit, seit 2011, legten die Sonntagsfragen für die Niedersachsen-Wahl die Möglichkeit nahe, dass erstmals wieder ein Dreiparteien-Parlament aus CDU, SPD und Grünen gewählt werden könnte, in dem die vermeintlich stärkste Partei, die CDU, auf der Oppositionsbank sitzen würde. Die Werte für FDP und LINKE lagen immer um 5 Prozent, für die FDP seit Anfang 2012 und für die LINKE seit Mitte 2012 immer unter der Sperrklausel. Der Hype 2011/12 um die Piratenpartei endete im Land parallel zum Niedergang der Umfragewerte für den Bundestag. Letztmals im September 2012 wurde von GMS (im Auftrag der CDU) der Einzug von FDP und Linken für möglich gehalten, in der zeitgleich erhobenen Umfrage von Infratest lagen beide Parteien deutlich darunter.

⁷ Vgl. zur Methodenkritik der Wahl-Demoskopie zuletzt Christopher Schrader, Der unfassbare Wähler; in: Süddeutsche Zeitung, 10, 12.01.2013, S. 20.

Tabelle: Soll die ... wieder in den Landtag?

	FDP	Linkspartei	Piraten
„finde ich gut“	42%	19%	14%
„finde ich nicht so gut“	52%	78%	77%

Quelle: Infratest dimap, Niedersachsen-Trend, 03.01.2013

Ob die drei Parteien wieder im Landtag vertreten sein sollten, beurteilten die befragten Niedersachsen zum Jahreswechsel unterschiedlich, aber überwiegend eindeutig negativ. Diese Zahlen drücken vor allem die relativ

schmale potentielle eigene Wählerschaft der drei Parteien aus, insbesondere der Linkspartei und der Piratenpartei. Über dieses Spektrum hinaus wird, und das ist der entscheidende Unterschied zur FDP, die parlamentarische Präsenz von Linken und Piraten nicht für erforderlich gehalten, auch wenn man sie nicht wählen würde.

Daten der INFO GmbH vom Januar bestätigen, dass insbesondere LINKE und Piratenpartei über ein schmales Potential unter den Wahlberechtigten verfügen. Gefragt wurde, ob die Partei „wählbar“ sei, also ob es sozusagen ‚in Ordnung gehen‘ würde, wann man selber oder eine andere Person diese Partei wählen würde. Dabei erklärten fast drei Viertel der Befragten die Partei DIE LINKE als „nicht wählbar“ und nur sechs Prozent bezogen sie in ihre aktuelle Wahlentscheidung ein. Dieser Wert lag für die FDP mit 11% der Befragten deutlich höher.

Tabelle: Wählbarkeit von FDP, LINKE und Piratenpartei

Wählbarkeit: Partei ...	FDP	LINKE	PIRATEN
... ist nicht wählbar	60%	74%	85%
... ist grundsätzlich wählbar	29%	20%	9%
... wäre eine Alternative	8%	2%	4%
... würde ich wählen	3%	4%	2%

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Januar 2013

Die Gründe, warum eine grundsätzlich als „wählbar“ beurteilte Partei dann doch nicht erste Wahl ist, unterscheiden sich für Linkspartei und Piratenpartei deutlich von der FDP. Hierbei dürfte es sich um Unterschiede handeln, wie sie für landespolitisch etablierte und (noch) nicht (stark) etablierte Parteien anzutreffen sind. Bei Linke und Piraten dominiert die Ansicht, zu wenig über diese Parteien zu wissen. Bei der FDP liegt diese Begründung erst an sechster Stelle nach einer Reihe von nahezu gleichgewichtigen Gründen, die auf Kenntnissen über diese Partei beruhen dürften.

Tabelle: Warum ist die Partei nicht erste Wahl, wenn sie "wählbar" ist?

	FDP	LINKE	PIRATEN
weil ich zu wenig über die Partei weiß	18%	38%	39%
wegen ihrer politischen Ziel	24%	25%	27%
weil ich dieser Partei gefühlsmäßig nicht nahe genug stehe	21%	19%	18%
weil diese Partei zu schwach ist und nichts bewirken kann	28%	17%	20%
wegen ihres Auftrittes im Wahlkampf	10%	17%	15%
wegen ihrer Kandidaten	22%	15%	17%
weil ich eine andere Partei stärken will	22%	10%	19%
sonstige Gründe	10%	8%	15%
weiß nicht	11%	9%	1%

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Eigenuntersuchung im Januar 2013

In den Vorwahlwetten räumten die Befragten am ehesten der FDP Chancen ein, den Einzug in den Landtag noch zu schaffen. Solche Wetten auf den Wahlausgang können entscheidend sein, ob die Mobilisierung der Anhänger tatsächlich gelingt, ob es Umfrage-Anhängern tatsächlich Wähler werden.

Die Wahrnehmung der Chancen der kleinen Parteien änderte sich in der heißen Wahlkampfphase. Mit dem Aufruf der Union zu einer Leihstimmen-Kampagne für die FDP sprangen die FDP-Werte bei

den letzten Umfragen zehn Tage vor der Wahl wieder in die Nähe der fünf Prozent. Leihstimmen-Kampagnen richten sich an die taktisch wählenden eigenen Anhänger, die ihre Wahlentscheidung entlang der Frage treffen, welche Partei gewählt werden müsste, damit die eigene Partei mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit (weiter)regieren kann. Sowohl McAllister

Tabelle: Schafft die ... den Einzug in den Landtag?

	FDP		Linke		Piraten	
	KW49	KW02	KW49	KW02	KW49	KW02
Ja	42	39	35	36	24	20
Nein	58	60	60	60	70	76

KW49: Erhebung 3.-5.12. 2012; KW02: Erhebung 7.-9.1.2013.
Quelle: FGW, Politbarometer Extra 12/12, 01/13

als auch Merkel taten zum CDU-Wahlkampfauftritt in Wilhelmshaven alles, um die taktisch orientierten CDU-Wähler darauf aufmerksam zu machen, dass ohne FDP im Landtag die eigene Partei auf der Oppositionsbank landen würde. Entscheidend für eine Leihstimmen-Kampagne ist, dass die Aussicht auf Erfolg besteht. Als die FDP unmittelbar nach dem Dreikönigstreffen am 6. Januar von Forsa auf bundesweit nur noch 2% gesetzt wurde, drohte die Leihstimmen-Kampagne wegen vermeintlicher Aussichtslosigkeit in sich zusammenzufallen. *„Der taktisch wählende Anhänger der Union wählt nicht CDU oder CSU, sondern entscheidet sich am Wahltag für seine zweite Präferenz. Im Falle der Niedersachsen-Wahl und womöglich auch später bei der Bundestagswahl will er zur Rettung der FDP beitragen und damit deren geschätzten Vier-Prozent-Sockel für die Regierungsfähigkeit der Union mobilisieren. Leihstimmen aber für eine Zwei-Prozent-Partei, deren Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde als gewiss erscheint? Der taktische Wähler würde ein hohes Risiko eingehen – jenes nämlich, dass er seine Stimme ins Niemandsland verschenkt. Ebenso könnte er dann der Wahl fernbleiben oder die Partei Bibeltreuer Christen wählen. Und deshalb war dieser Mittwoch auch für die FDP ein schlimmer Tag.“*⁸ – und der folgende Freitag dann ein blendender Tag: Die Setzung der FDP mit 5% durch die beiden großen Institute am 10. Januar war von entscheidender Bedeutung, um die Kampagne am Leben zu halten. Welches „Erfahrungswissen“ der Demoskopen in diese Zahl eingeflossen ist, wurde öffentlich nicht bekannt gegeben. Möglicherweise wurde ein erwarteter Erfolg der Kampagne bereits eingepreist, wodurch wiederum die Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht wurde... So kam am Ende jedenfalls zustande, was sich jede Nachrichtenredaktion wünscht: „13-Punkte-Polster weg, Rot-Grün nur noch Außenseiter“, „FDP holt auf“, „Spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb.“

Der Wahlkampf in Niedersachsen hatte kaum regional übergreifende landespolitische Themen. Die Themen an der Nordseeküste waren anders gewichtet als im südlichen Niedersachsen. Erschwerend für einen Wahlkampf mit landespolitischen Themen kommt die regionale Aufsplitterung der Medienlandschaft hinzu. Es gibt mehrere Regionalzeitungen, aber keine Landeszeitung. Die Seiten für die Landespolitik konkurrieren mit den Lokal- und Regionalseiten, die die Basis der Printmedien ausmachen und die zugleich in Konkurrenz zu regionalen und lokalen Anzeigenzeitungen stehen. Eine landespolitische Öffentlichkeit, die Schwerpunktthemen hervorbringen kann, hat es daher nicht leicht. „Schule und Bildung“ wurde zuletzt mit 31% als wichtigstes Thema gemessen, gefolgt von „Arbeitslosigkeit“ mit 21%. Weitere Themen erhielten im Ranking des Politbarometer-Extra vom 10.01.2013 deutlich niedrigere Bedeutungswerte. „Schule und Bildung“ war dabei das Thema, bei dem der SPD die größte Lösungskompetenz zugeschrieben wurde, bei der „Schaffung von Arbeitsplätzen“ und „Wirtschaftskompetenz“ lag die CDU vorne.

Die INFO GmbH wollte Anfang Januar in einer eigenen Untersuchung wissen, ob die Wahlkampfthemen der Parteien zu einer Polarisierung führen würden. Sie stellten die Frage: *„Im Landtagswahlkampf in Niedersachsen werden ja verschiedene landespolitische Themen diskutiert, von*

⁸ Günter Bannas, Um die Ecke gedacht. Die Zwei-Prozent-FDP und die Leihstimmen; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.1.2013, S. 1.

denen wir Ihnen jetzt einmal einige nennen. Sagen Sie mir bitte zu den folgenden Forderungen, ob Sie sehr dafür, eher dafür, eher dagegen oder völlig dagegen sind.⁹

Das Ergebnis zeigt für die meisten Themen eine weitgehend übereinstimmende Einstellung über die Partei-Anhängerschaften hinweg. Markante Unterschiede gibt es bei der Befürwortung flächendeckender Mindestlöhne, wofür lediglich drei Viertel der FDP-Anhänger sind, bei der strikten Reduzierung der Staatsverschuldung, wofür sich lediglich zwei Drittel der Linkspartei-Anhänger aussprechen und bei der weiteren Erkundung des Gorlebener Salzstocks, wofür lediglich ein gutes Viertel der Grünen-Anhänger ist. Am ehesten polarisieren noch die Abschaffung der Studiengebühren und die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und den anderen Parteien. Eine Sonderstellung nehmen die Anhänger der Piratenpartei ein, die am deutlichsten weitere staatliche Eingriffe ablehnen und konsequenterweise dann bei den Regeln gegen Spekulanten eine Sonderstellung einnehmen. Zugleich gibt es bei ihnen die geringste Unterstützung für die Einbeziehung von Gorleben in die weitere Erkundung eines Atommüll-Endlagers. Für die Linkspartei ergibt sich aus dieser Befragung kein Thema, dass bei ihr besonders aufgehoben wäre. Allenfalls

	alle Befragten		Anhänger von...					
	eher/völlig dagegen	eher/sehr dafür	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Piraten
Mehr Unterstützung für finanziell bedürftige Schüler	4%	95%	93%	99%	96%	93%	100%	96%
Mehr Transparenz in der Politik	5%	92%	91%	94%	96%	95%	98%	81%
Flächendeckende Mindestlöhne	10%	88%	84%	92%	88%	74%	98%	96%
Mehr politische Mitbestimmung durch die Bürger	10%	87%	85%	91%	90%	83%	90%	94%
Konsequente Maßnahmen gegen Finanz-Spekulanten	11%	83%	82%	86%	86%	97%	99%	34%
Strikte Reduzierung öffentlicher Verschuldung	15%	81%	79%	87%	77%	96%	67%	79%
Abschaffung Studiengebühren	22%	74%	63%	85%	86%	44%	87%	84%
Mehr individuelle Freiheit, weniger staatlicher Eingriffe	28%	63%	69%	54%	55%	66%	58%	88%
Abschaffung gegliedertes Schulsystem	46%	44%	39%	55%	52%	16%	48%	43%
Weitere Erkundung von Gorleben als Endlager	53%	42%	47%	47%	27%	48%	50%	18%

Quelle: INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen Januar 2013

noch die Frage der Ausstattung der öffentlichen Haushalte mit weiteren Krediten könnte eine Sonderstellung begründen. Ansonsten ergeben sich aus den abgefragten Einstellungen der Anhänger von SPD, Grünen und Linkspartei keine für den Wahlkampf polarisierenden Unterschiede.

Die Hälfte der Befragten (51% bei Infratest) äußerte in der Zeit des Jahreswechsels, dass für die Wahlentscheidung landespolitische Themen „wichtiger“ seien, 36% hielten bundespolitische Themen für entscheidend. Im Dezember hatten gegenüber INFO GmbH umgekehrt 55% die Bundespolitik und 40% die „konkrete Situation in Niedersachsen“ als entscheidend angeführt.

Knapp drei Wochen vor der Wahl gaben 56% der von Infratest befragten Wahlberechtigten an, dass ihre Wahlentscheidung fest stehe oder so gut wie feststehe; 16% äußerten, es könnte sich noch etwas ändern und 28% antworteten mit „weiß nicht“ oder machten keine Angabe.

⁹ INFO GmbH, PhoneBus Niedersachsen, Januar 2013. Die Ergebnisse für die FDP, die Piratenpartei und DIE LINKE in der gesamten Erhebung veröffentlichte das Institut mit dem Vorbehalt „Geringe Fallzahl“, also zweifelhafte Repräsentativität.

Tabelle A1: Wahlergebnisse für DIE LINKE in den Kreisen und kreisfreien Städten 2006-2011

	KW2006	LTW2008	BTW2009	KW2011	LTW2013
101 Braunschweig	4,4%	9,5%	9,9%	3,5%	
102 Salzgitter		8,8%	12,3%	4,0%	
103 Wolfsburg		7,9%	8,5%		
151 Lkr. Gifhorn		6,7%	7,7%	1,8%	
152 Lkr. Göttingen	3,8%	8,2%	8,8%	3,7%	
153 Lkr. Goslar		9,0%	10,7%	3,8%	
154 Lkr. Helmstedt	1,4%	7,9%	8,6%	2,3%	
155 Lkr. Northeim	2,3%	6,7%	9,1%	2,6%	
156 Lkr. Osterode am Harz	2,5%	6,8%	9,0%	2,6%	
157 Lkr. Peine	2,2%	8,1%	9,1%	2,9%	
158 Lkr. Wolfenbüttel		7,1%	8,6%	2,7%	
241 Region Hannover		7,7%	8,6%	3,3%	
251 Lkr. Diepholz	1,1%	6,8%	8,4%	2,1%	
252 Lkr. Hameln-Pyrmont		7,8%	9,4%	2,4%	
254 Lkr. Hildesheim		7,3%	8,1%	2,1%	
255 Lkr. Holzminden		6,3%	8,5%	1,6%	
256 Lkr. Nienburg/Weser	2,0%	5,3%	7,3%	1,9%	
257 Lkr. Schaumburg		6,3%	7,8%	2,2%	
351 Lkr. Celle		6,0%	7,1%	2,3%	
352 Lkr. Cuxhaven		7,9%	9,3%	2,2%	
353 Lkr. Harburg	2,2%	6,3%	7,3%	1,9%	
354 Lkr. Lüchow-Dannenberg		11,3%	11,9%		
355 Lkr. Lüneburg	3,5%	8,2%	9,6%	3,7%	
356 Lkr. Osterholz	2,9%	8,7%	10,9%	3,5%	
357 Lkr. Rotenburg/Wümme	0,9%	5,5%	7,2%	1,6%	
358 Heidekreis		6,6%	8,2%	2,1%	
359 Lkr. Stade	1,6%	5,8%	7,7%	1,9%	
360 Lkr. Uelzen		5,6%	8,4%		
361 Lkr. Verden		7,0%	8,6%	1,9%	
401 Delmenhorst		10,2%	12,5%	3,5%	
402 Emden	3,8%	9,1%	12,2%	3,2%	
403 Oldenburg	7,2%	10,4%	11,1%	6,1%	
404 Osnabrück		7,7%	9,1%	3,4%	
405 Wilhelmshaven		11,3%	13,1%	2,9%	
451 Lkr. Ammerland		5,8%	7,7%	1,6%	
452 Lkr. Aurich	3,5%	8,5%	11,3%	3,1%	
453 Lkr. Cloppenburg		4,1%	5,6%	0,3%	
454 Lkr. Emsland	0,2%	4,1%	5,7%	0,8%	
455 Lkr. Friesland		7,0%	9,0%	1,7%	
456 Grafschaft Bentheim		5,0%	6,0%	1,1%	
457 Lkr. Leer		7,5%	10,6%	2,7%	
458 Lkr. Oldenburg		6,7%	8,5%	2,2%	
459 Lkr. Osnabrück		5,7%	7,2%	2,1%	
460 Lkr. Vechta		3,0%	4,5%	1,0%	
461 Lkr. Wesermarsch		7,7%	10,0%	3,6%	
462 Lkr. Wittmund		5,9%	9,0%	1,8%	

Quelle: Statistisches Landesamt

Die Probleme der Deutschen in den Befragungen der Forschungsgruppe Wahlen für das „ZDF-Politbarometer“ seit Januar 2000

Frage: „Nennen Sie uns die ihrer Ansicht nach wichtigsten Probleme...“ (Gruppierung Zuordnung durch Institut), Mehrfachnennungen, Angaben in Prozent

